



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 73. Ratssitzung vom 13. Dezember 2023

### Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2023/430, Antrag 004. und Postulat GR Nr. 2023/568

#### Gemeinsame Behandlung der Anträge 004. und 005. (Postulat GR Nr. 2023/568).

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Dr. Florian Blättler (SP):** Der Antrag verfolgt die Herstellung der Budgetwahrheit. Aktuell sind mehrere Stellen nicht besetzt. Von den neu beantragten Stellen gelten manche per 1. Januar 2024 und können mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht so schnell besetzt werden. Im Ergebnis bedeutet dies für das nächste Jahr, dass viele der neu beantragten Stellen nicht besetzt sein werden. Deswegen beantragen wir eine pauschale Verbesserung des Budgets um 20 Millionen Franken. Dieser Betrag wird sicher nicht benötigt. Es gibt einen zweiten Antrag der FDP, der 50 Millionen Franken fordert. Bei diesem Antrag sehen wir die Gefahr, dass Stellen nicht besetzt werden können, nur um die Verbesserung von 50 Millionen Franken zu erreichen. Falls fähige Kandidierende für eine Stelle vorhanden sind, sollen diese eingestellt werden können. Uns geht es darum, dass ohnehin nicht besetzte Stellen entsprechend im Budget abgebildet werden.

**Martin Bürki (FDP):** Wir stellen den Antrag, 50 Millionen Franken im Budget zu streichen. Im aktuellen Budget gibt es 480 offene Stellen. 883 neue Stellen werden hinzukommen. Folglich sind weit über 1000 Stellen nicht besetzt. Daher denken wir, 50 Millionen Franken streichen zu können, ohne in die von Dr. Florian Blättler (SP) genannte Gefahr hineinzulaufen. Die Besetzung der offenen Stellen wird Zeit beanspruchen, weswegen wir die Streichung von 50 Millionen Franken als gerechtfertigt betrachten.

**Tanja Maag Sturzenegger (AL):** Die Vertreter\*innen der Streichung von 20 Millionen Franken sind der Ansicht, dass der korrigierte Wert aufgrund nicht besetzter Stellen der Realität entspricht. Auf diese Weise könne das Budget entlastet werden. Auch die FDP stimmt dem zu. Allerdings ist die Streichung von 20 Millionen Franken moderater. Die Stellen werden in der Regel dem Bedarf entsprechend geplant. Die Bedarfsklärung von Stellen ist damit der eigentliche Hebel. Der Gemeinderat hat bei der politischen Bewertung und Bewilligung von Stellen einen gewissen Handlungsspielraum. Wenn Stellen nicht besetzt werden können, bedeutet dies nicht automatisch, dass der Stellenbedarf nicht mehr besteht. Folglich ist es nicht sinnvoll, zunächst zu versuchen, alte Stellen zu besetzen und dann die Schaffung neuer Stellen in die Wege zu leiten. Das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) sieht vor,



*dass die im Stellenplan hinterlegten Werte in der Dienstabteilung budgetiert werden, damit die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Wie gesagt, geht es darum, die Budgetwahrheit zu finden. Einen grob geschätzten Pauschalabzug in der Höhe von 20 Millionen Franken betrachten wir nicht als geeigneten Weg dazu.*

**Flurin Capaul (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2601/2023): *Der kürzliche Appel seitens Felix Moser (Grüne) für das Gewerbe beeindruckte mich stark. Auf das Verhalten der Grünen-Fraktion bin ich gespannt. Stellen wir uns vor, dass ich Malerdienstleistungen beanspruchen muss. In der Hoffnung, dies selbst erledigen zu können, könnte ich mir das Material kaufen. Die andere Möglichkeit besteht in der Beanspruchung eines qualifizierten Malermeisters, der die Arbeit effizient, gründlich und zu einem fairen Preis erledigt. Ein Verhalten im Sinn der zweiten Option – die Beanspruchung des lokalen Gewerbes – fordern wir von der Stadt. Es gibt immer wieder Beispiele wie die Pflege von Pflanzen, Malerdienstleistungen oder die Kontrolle von Liftanlagen, die von der Stadt selbst durchgeführt werden. Wir sind davon überzeugt, dass der Einsatz des Gewerbes für solche Aufgaben die bessere Lösung ist. Werden die Aufträge an das Gewerbe verteilt, dann hat das nicht nur Vorteile für das Steuersubstrat, sondern auch für den Arbeitsmarkt, weil der Staat ihn weniger konkurrenziert. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels würde das Gewerbe so entlastet. Es ist zu prüfen, wie Dienstleistungen des lokalen Privatsektors in Anspruch genommen werden können.*

**Dr. Florian Blättler (SP)** stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Dieses Postulat muss im Zusammenhang mit dem Rasenmäher-Antrag 001 der SVP begriffen werden. Mit Antrag 001 verlangte die SVP, dass weniger Aufgaben an Externe vergeben werden. Mit diesem Postulat verlangt die FDP, dass die Stadt mehr Aufgaben an Externe vergibt. Wir haben es hier also mit gegensätzlichen Forderungen zu tun. Und jeder ist über etwas anderes empört. Die FDP tut so, als ob ihnen die Kleinbetriebe am Herzen lägen. Dies ist fraglich. Schlussendlich sind es die grossen Konzerne, die profitieren. Alleine das Vergaberecht der Stadt impliziert, dass Vergaben wahrscheinlich an Grosskonzerne erfolgen. Betrachten wir die Konsequenzen der Vergabe an Externe, stellen wir fest, dass die Kosten langfristig steigen werden und dass die Beschäftigten der Stadt mit schlechteren Arbeitsbedingungen rechnen müssen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Yves Henz (Grüne):** *Das Postulat der FDP scheint auf den ersten Blick harmlos. Doch der erste Eindruck täuscht, es handelt sich um ein brandgefährliches und neoliberales Postulat. Langfristig könnte das Postulat schädliche Folgen für einen grossen Teil der Bevölkerung haben. Wie bereits erwähnt, geht es der FDP nicht um Kleinaufträge an Malermeister, die hier und da eine Wand streichen müssen. Vielmehr fordert das Postulat die Ersetzung aller städtischen Aufgaben, die an Externe vergeben werden können. Letztlich wäre auf diese Weise sogar eine private Polizei oder Wasserversorgung möglich. Internationale empirische Erfahrungen haben gezeigt, dass eine solche Auslage-*



zung tendenziell zu höheren Kosten führt, da monopolartige Strukturen für höhere Gewinnspannen ausgenutzt werden können. Darunter leidet schlussendlich die Bevölkerung. Ich empfehle der FDP, einen zukünftigen Antrag dieser Art entsprechend zu stützen. In dieser Form kann er keinesfalls unterstützt werden.

**Tanja Maag Sturzenegger (AL):** Dem Verdacht der Grünen und SP kann ich mich anschliessen, will aber gleichzeitig auf das Malermeister-Beispiel zurückkommen. Auch wenn dieses Postulat auf den ersten Blick begrenzt zu sein scheint, sehe ich den Sinn nicht. Man könnte die Malermeister motivieren, dass sie ihre Anliegen zuerst bei den Anlaufstellen platzieren. Eine andere Möglichkeit bestünde in der Formulierung einer neuen Motion zur Anpassung der Verordnung über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die KMU und die Verankerung in der Regulierungsabschätzung. Auf dieser Basis wird die Verträglichkeit von Geschäften zwischen der Stadt und KMU geprüft.

**Martin Bürki (FDP):** Über das Votum von Dr. Florian Blättler (SP) bin ich empört. Er übersieht, dass wir unser Abstimmungsverhalten beim Antrag der SVP geändert haben. Zudem missinterpretiert Yves Henz (Grüne) unseren Antrag, der in gutem Glauben gestellt ist, dramatisch. Dies begünstigt die Polarisierung im Rat. Ich empfehle, das Postulat genau zu lesen.

**Florine Angele (GLP):** Im Gegensatz zu Yves Henz (Grüne) sehen wir das Postulat nicht als neoliberale Panikmache, sondern als eine prüfenswerte Möglichkeit, die lokale Wirtschaft stärker einzubinden. Der Stadtrat ist zudem bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Weiter erwarten wir Effizienzgewinne, wenn gewisse Arbeiten ausgelagert werden können. Das Votum von Dr. Florian Blättler (SP) impliziert, dass sich die gesamte Branche gegenüber ihren Angestellten ausbeuterisch verhält, was nicht fair ist.

**Flurin Capaul (FDP):** Nach diesen teilweise wirren Voten möchte ich auf den tatsächlichen Fachkräftemangel eingehen. Dr. Florian Blättler (SP) und Yves Henz (Grüne) vergessen, dass ab einer gewissen Auftragshöhe eine Submission stattfindet. Die Idee einer privaten Polizei und Wasserversorgung ist eine träumerische. Dass wir unser Abstimmungsverhalten beim Antrag der SVP geändert hatten, haben wir schon gehört.

**Christian Traber (Die Mitte):** Ich schliesse mich dem Vorredner an. Das Postulat wird vom Stadtrat vernünftig geprüft werden. Die empörenden Aussagen der linken Seite des Rats sind unangebracht. Wir diskutieren über einen Prüfauftrag. Wir haben dem Rasenmäher-Vorschlag der SVP ursprünglich nicht zugestimmt. Ich kann im Text des Postulats keine brandgefährlichen Folgen erkennen. Es geht schlicht um die Einbindung des privaten Gewerbes, sofern dies möglich ist. Aus meiner Perspektive ist das so oder so selbstverständlich. Wir unterstützen das Postulat und sind der Meinung, dass es kein Lohndumping geben wird, da wir Mittel wie den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) haben.

**Roger Suter (FDP):** Wir vom Gewerbe sind für das Geld verantwortlich, über deren Verwendung im Rat entschieden wird. Die KMU sorgen für Arbeit und damit für den Erhalt



von Existenzen. Wir spielten eine wichtige Rolle während Corona. Wir bilden Lehrlinge aus. Wir sind keine Ausbeuter. Ansonsten hätten wir keine Mitarbeiter. Aktuell gibt es einen Fachkräftemangel. Ich bin davon überzeugt, dass Yves Henz (Grüne) den Unterschied zwischen Liberalismus und Neoliberalismus nicht kennt. Wir sind liberal und nicht neoliberal. Und auch wenn immer von den bösen Kapitalisten gesprochen wird, ohne sie könnte im Rat kein Geld ausgegeben werden.

**Tanja Maag Sturzenegger (AL):** Ich bezweifle, dass es die KMU sind, die uns die Gelder bereitstellen, die wir ausgeben können. Die Gewinnstatistiken legen nahe, dass die KMU keinen grossen Anteil zum Steuersubstrat der juristischen Personen beitragen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Dass uns Christian Traber (Die Mitte) einen gesunden Menschenverstand attestiert, nehmen wir gerne an. Das Postulat nehmen wir nicht in der Absicht entgegen, alle städtischen Aufträge aus- oder einzulagern. Für das Gewerbe stellt die Stadt einen wichtigen Auftraggeber dar. Besonders evident wurde dies, als wir ein Notbudget hatten, weil die bürgerlichen eine Budgetrückweisung durchsetzen konnten. Daraufhin unterstützten einige Gewerbebetriebe den Protest gegen die Entscheidung des Gemeinderats, indem sie Bratwürste verteilten. Wie wir bereits gehört haben, änderte die FDP ihre Haltung zum Rasenmäher-Antrag. Es geht um die Vergabe von Aufträgen ans Gewerbe. Dabei gibt es Aufträge, bei denen eine Auslagerung aus Effizienzgründen nicht sinnvoll ist; ein solches Beispiel wäre die Stadtgärtnerei. Im Bereich der Reinigung sind die im GAV verankerten Löhne aber derart tief, dass der Stadtrat entschieden hat, eine Teilrückeinlagerung zu prüfen; weil die Löhne nicht ausreichen, um die Lebenshaltungskosten in der Stadt zu decken. Dieser Prüfauftrag verfolgt einen Sowohl-als-auch-Ansatz. Es ist korrekt, dass das Gros des Steuersubstrats nicht auf das klassische Gewerbe zurückzuführen ist, trotzdem hat es eine wichtige Funktion für die Stadt.

S. -	10 1060 3010 00 203	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG		Betrag		Stimmen
		Verbesserung	Verschlechterung			
<b>004.</b>	Antrag Stadtrat			0	Minderheit 2	Tanja Maag Sturzenegger (AL) Referat
		20 000 000		-20 000 000	Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
		50 000 000		-50 000 000	Minderheit 1	Martin Bürki (FDP) Referat, Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)



Begründung: Mehrheit: Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen  
Minderheit 1: Per 30.11.2023 gibt es 479,7 unbesetzte Stellen. Im Budget 2024 sollen 838 neue Stellen geschaffen werden. Insgesamt wird es so per Jahresanfang 2024 über 1000 unbesetzte Stellen geben. Dies gibt Raum für einen Pauschalabzug von 50 Millionen Franken.

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	(0)	8 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-20 000 000)	70 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-50 000 000)	<u>43 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

---

**2639. 2023/568**

**Postulat der FDP-Fraktion vom 06.12.2023:  
Bezug von Dienstleistungen des privaten Gewerbes**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/430, Beschluss-Nr. 2626/2023, Antrag Nr. 004.

Flurin Capaul (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2601/2023).

Dr. Florian Blättler (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 57 gegen 63 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat